Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Königliche Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Insertionspreis 2 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 15 Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 50% Teuerungszuschlag. Zeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verlieren Inserenten bedingen die Berechnung des Preise-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 103. | Sonnabend den 4. Mai 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Sturz der Rada und der bisherigen Regierung in der Ukraine.

Ungemütliche Zustände.

In der Ukraine geht nicht alles so, wie es gehen sollte. Der rasche und für das Land außerordentlich günstige Friedensschluß hat dem neugebildeten Staatswesen nicht die Beruhigung gebracht, die man sich von ihm versprach; ebenso wenig hat die Niederwerfung des militärischen Widerstandes der Bolschewisten durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppenverbände, um die wir durch die rechtmäßige Regierung des Landes gebeten worden waren, den ruhigen und gesetzliebenden Teilen der Bevölkerung die Oberherrschaft gesichert.

Das konnte vielleicht auch nicht so ohne weiteres gelingen, weil namentlich die Bauern bis in ihre tiefsten Empfindungen hinein durch gewissenlose Agitatoren! aufgewühlt waren. Wie in ganz Rußland hatte man ihnen auch hier Land und abermals Land versprochen. Der größere Besitz sollte ohne jede Entschädigung enteignet und unter die Allgemeinheit aufgeteilt werden. Dadurch waren auf der einen Seite Begehrlichkeiten geweckt worden, die sich vielfach in Gewalttätigkeiten austobten; auf diese Weise sind in wenigen Wochen Güter und Werte, die sich auf hunderte von Millionen belaufen, völlig sinnlos zerstört worden. Auf der anderen Seite entstand natürlich zugleich mit der Fragwürdigkeit des Eigenbesitzes eine Unsicherheit aller Verhältnisse, und kein Landwirt, ob „Herr" oder Bauer, verspürte mehr Lust dazu, seinen Acker zu bestellen, weil er nicht wissen konnte, wer die Früchte des Bodens ernten würde, um die er sich bemühen sollte. Die Winterbestellung war gerade noch ziemlich ungeschmälert besorgt worden. Aber bei der Sommerbestellung, auf die es bei der Getreideproduktion des Landes hauptsächlich ankommt, haperte es ganz gewaltig. Sie wollte nicht in Fluß kommen, obwohl die Zeit dazu immer mehr drängte und schließlich bald keine Stunde mehr zu verlieren war. Diese Lage der Dinge nötigte **den deutschen Oberbefehlshaber in Kiew vor jetzt etwa vier Wochen dazu, einen allgemeinen militärischen Befehl zur Felderbestellung zu erlassen.** Das geschah im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung, lediglich aus dem Grunde, um ihr die Erfüllung der uns im Friedensvertrage zugesicherten Getreidelieferungen zu ermöglichen. Diese Lieferungen aber bilden einen sehr wesentlichen Bestandteil unseres „Brotfriedens", denn beide Mittelmächte sind für die ausreichende Ernährung ihrer Völker auf sie angewiesen. Gegen das Eingreifen des **Feldmarschalls v. Eichhorn** sind zunächst mancherlei Bedenken laut geworden, auch im Deutschen Reichstag; sie sind aber alsbald wieder verstummt, nachdem Sinn und Zweck seines Vorgehens genügend bekanntgeworden waren.

In Kiew indessen ist sein Erlaß zunächst in entstellter Form veröffentlicht worden, was Aufregung im Lande und in der Rada einen Protest hervorrief. Seither macht sich dort eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtet. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, so man mußte sich sogar davon überzeugen, daß Mitglieder der Regierung selbst sich an den Treibereien gegen uns beteiligten. Dieser Verdacht wurde zur Gewißheit, als plötzlich ein ukrainischer Finanzsachverständiger, der Direktor der Russischen Bank für auswärtigen Handel, **Dobry** mit Namen, in seiner Wohnung überfallen und weggeschleppt wurde. Er hatte das Verbrechen begangen, zu den deutschen Wirtschaftsbeamten in Kiew in enge Fühlung zu treten und sich bei den sachlichen Verhandlungen um die Regelung der Warenbeziehungen mit den Mittelmächten nützlich zu machen. Zugleich erfuhr man, daß weitere Verhaftungen dieser Art vorbereitet würden — unzweifelhaft auf Veranlassung bestimmter Regierungsmitglieder. Das deutsche Oberkommando dürfte aber diesem Wiederbeginn der Anarchie nicht untätig zusehen, sollten nicht alle Früchte unserer bisherigen militärischen und organisatorischen Arbeit in der Ukraine wieder verloren gehen. Deshalb mußte sich der Feldmarschall zur Sicherung der Stadt Kiew zu besonderen Maßnahmen entschließen. Militärgerichte wurden eingesetzt, um allgemeine Verbrechen strenger Bestrafung zuzuführen, und auch sonstige Vorkehrungen gegen jede Störung der Ordnung getroffen. Und im Zusammenhang mit der Angelegenheit Dobry mußte zu Verhaftungen geschritten werden, die auch die obersten Regierungsstellen nicht verschonten. So wurde vor allem der **Kriegsminister Schukowski** festgenommen, dann der Kommandant der Stadtmiliz, ein Abteilungschef im Ministerium des Innern und ein solcher im Ministerium des Äußern und — damit auch das weibliche Element dabei nicht leer ausging — die Frau des Ministers des Innern Tkatschenko.

Das sind nun wahrscheinlich alles nicht etwa Würdenträger in unserem Sinne, sondern mehr oder weniger junge Leute, die bei dem Umsturz allerdings in Rußland unerwartet rasch zu ihren hohen Stellungen gekommen sind. Der Rausch dieser plötzlichen Aufwärtsbewegung mag ihnen, mehr als dienlich zu Kopfe gestiegen sein; vielleicht kommen sie hinter Schloß und Riegeln rasch wieder zur Besinnung. Wir aber können, so unerwünscht die Vorgänge uns auch sein müssen, nicht darauf verzichten, für Ruhe und Ordnung in der Ukraine zu sorgen, solange unsere Besatzungstruppen im Lande stehen. Darin dürfen wir uns nicht durch den jetzt zu erwartenden Lärm über die „deutsche Gewaltherrschaft" in Kiew im mindesten beirren lassen.

•

Staatsumwälzung in der Ukraine.

Berlin, 2. Mai.

Den neuesten Nachrichten aus Kiew zufolge hat sich in der Ukraine eine Staatsumwälzung vollzogen.

Die alte Rada und ihre Regierung, die im Lande keinen starken Anhang besaßen, sind von Bauerndeputierten gestürzt worden. In Kiew kam es zu Straßenkämpfen, in die die deutschen militärischen Organe nicht eingegriffen haben.

Die in Kiew von der deutschen Militärbehörde verhafteten Regierungsmitglieder sind wieder aus der Haft entlassen worden. Diese Vorgänge standen mit der Staatsumwälzung in keinem Zusammenhange. Es ist anzunehmen, daß die neue Regierung in Erkenntnis der Interessen des Landes sich völlig auf den Boden des Brester Friedens stellen wird.

Deutsch-französischer Gefangenenaustausch.

Heimkehr von etwa 120 000 Mann.

Die seit mehreren Wochen zwischen Vertretern der deutschen und französischen Regierung in Bern gepflogenen Verhandlungen über den Gefangenenaustausch haben zu einem hocherfreulichen Ergebnis geführt. Es wurde vereinbart:

Bei einer Mindestdauer der Gefangenschaft von 18 Monaten sollen kriegsgefangene Offiziere in der Schweiz interniert, Unteroffiziere und Mannschaften unmittelbar in die Heimat entlassen werden, und zwar ist für die Reihenfolge der Tag der Gefangennahme entscheidend. An deutschen Kriegsgefangenen, die sich 18 Monate in französischer Gefangenschaft befinden, kommen zurzeit etwa 2000 Offiziere und 120 000 Mann in Betracht. Selbstverständlich wird der Abtransport so großer Zahlen von Kriegsgefangenen viele Monate in Anspruch nehmen, zumal bei ihrer Loslösung aus dem Wirtschaftsleben beider Völker auf ihren rechtzeitigen Ersatz Bedacht genommen werden muß.

Austausch und Internierung sollen sich grundsätzlich Kopf um Kopf vollziehen; nur für die an Zahl verhältnismäßig geringen Klassen der mehr als 45 Jahre alten Kriegsgefangenen und der mehr als 40 Jahre alten Familienväter mit mindestens drei Kindern konnte aus Gründen der Menschlichkeit von dem Austausch Kopf um Kopf abgesehen werden.

Die Behandlung der Zivilgefangenen.

Bezüglich der Zivilgefangenen wurde beschlossen, alle diejenigen, die zurzeit in einem der beiden Länder interniert sind oder jemals während des Krieges interniert waren, auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht in die Heimat zu entlassen. Nach den im Vertrage getroffenen Bestimmungen dürfen die ausgetauschten Kriegsgefangenen und Zivilpersonen im Heeresdienst weder an der Front, noch in der Etappe, sondern nur im Inlande verwendet werden.

Es ist das erste Mal in der Kriegsgeschichte, daß eine so große Anzahl von Kriegsgefangenen ausgetauscht wird, während die Kriegshandlung noch andauert. Besonders Verdienste um das Zustandekommen der Vereinbarung, die sich auch auf Behandlung und Ernährung der weiter in Gefangenschaft Bleibenden bezieht, darf die Schweizer Regierung für sich in Anspruch nehmen, unter deren Leitung die Verhandlungen stattfanden.

Rückzugsgedanken in England.

Die englischen Besprechungen der großen Schlacht im Westen lassen immer deutlicher erkennen, daß die Überzeugung, die Entente könne den Krieg militärisch nicht mehr gewinnen, immer tiefer Wurzel faßt. Schon jetzt wird die Möglichkeit angedeutet, daß Großbritannien durch die Ereignisse veranlaßt werden könnte, den Krieg abzubauen und seine Feldarmee vor der Aufreibung dadurch zu bewahren, daß die rechtzeitig zurückgenommenen Divisionen nach England oder Südfrankreich eingeschifft werden. Die Auslassungen der „Daily Mail", die für die Beschränkung des Kampfes auf den Seekrieg eintreten, bilden den schlagendsten Beweis dafür, daß in England sich ein Stimmungsumschwung vollzieht, der — den Verhältnissen Rechnung tragend — geeignet ist, den Austrag des Kampfes zwischen Deutschland und England auf eine wesentlich veränderte Grundlage zu stellen.

Ein englisches Kanonenboot torpediert.

Nach einer amtlichen Reutermeldung ist das englische Kanonenboot „Cowslip" durch Torpedoschuß versenkt worden. Fünf Offiziere und ein Mann werden vermißt.

Das englische Torpedoboot 90 ist bei stürmischem Wetter gesunken. Ein Offizier und 12 Mann kamen dabei um.

Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe.

Die englische Antwort an Holland wegen der Beschlagnahme holländischen Schiffsraums betont, daß die von Holland an die Annahme des Vorschlages der Alliierten, Schiffsraum gegen Lebensmittel abzutreten, geknüpften Bedingungen einer Ablehnung gleichgekommen seien. Infolgedessen sei die Beschlagnahme der in Häfen der alliierten Regierungen liegenden Schiffe unvermeidlich geworden. Die Antwort wiederholt dann die Zusage betreffend Schadenersatz an die holländischen Reeder.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 2. Mai. Der Bahnhof Gazebrouck lag am 29. April unter zusammengefaßtem deutschen Feuer. Einwandfrei wurde starke Wirkung festgestellt. Mehrere Brände sind beobachtet.

Stockholm, 2. Mai. Wie „Aftonbladet" aus Abo erfährt ist der Chef der Roten Gardisten, Kullervo Manner, bei der Einnahme von Wiborg in Gefangenschaft geraten.

Amsterdam, 2. Mai. Londoner Blätter melden aus Peking, China habe sich unter dem Druck Englands grundsätzlich bereit erklärt, die in China ansässigen Deutschen nach Australien deportieren zu lassen. Von deutscher Seite sind durch holländische Vermittelung Schritte unternommen worden, um die Ausführung der Absicht unserer Feinde zu verhindern.

Amsterdam, 2. Mai. Den statistischen Nachweisen zufolge ist die holländische Schiffahrt auf den zehnten Teil des Friedensverkehrs zurückgegangen.

Vom Tage.

Ein paar „Damen" des englischen Roten Kreuzes sahen bei einer Fahrt durch Frankreich vom Zuge aus deutsche Kriegsgefangene auf dem Felde arbeiten, und die menschenfreundlichen Samariterinnen bedauerten, daß sie keinen Revolver bei sich hätten, um die Gefangenen niederzuknallen. Als ein englischer Arzt, der im gleichen Abteil saß, gegen diese Gefühlsroheit protestierte, brachten ihn die Walküren zur Anzeige, worauf der Doktor zu einer hohen Geldstrafe verurteilt und aus Frankreich ausgewiesen wurde. Die grobbesaiteten Ladies verdienten, ausgebaten zu werden — — selbstverständlich nicht in Marmor.

•

In der Kultur, für die sie ja in den Krieg gezogen sind, machen die Amerikaner staunenswerte Fortschritte. Jetzt sind sie bereits so weit, daß sie Leute, die sich deutschfreundlicher Äußerungen schuldig machen, nach beliebter Wild-West-Manier teeren und federn. Zum Lynchen und zum Lassawerfen werden sie auch noch kommen, und Vater Wilson wird in salbungsvollen Predigten an neutrale und andere naive Zuhörer auch diese Art der Kriegführung zu vertreten wissen.

•

In Australien ist die Papiernot so gewachsen, daß, wie die „Times" befürchtet, die australischen Blätter demnächst ihr Erscheinen werden einstellen müssen. Diese drohende Katastrophe sollten die Engländer unter allen Umständen abzuwenden suchen. Wer soll denn, wenn es keine Zeitungen mehr gibt, den Australnegern und den Kängorubs die großen englischen Siege vorlügen?

Zufuhren aus der Ukraine.

Berlin, 2. Mai.

Amtlich wird berichtet: Wie bereits bekannt, haben die Mittelmächte in den letzten Tagen mit der Regierung der Ukraine Verträge über die Lieferung von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln und Saaten, ferner von Eiern und Schlachtvieh abgeschlossen. Die von der ukrainischen Regierung und den Mittelmächten in der Ukraine für die Aufbringung und den Abtransport geschaffene Organisation beginnt bereits zu arbeiten. Nach telegraphischen Meldungen aus Kiew sind in den letzten Tagen des April an ukrainischen Versandplätzen etwa zwei Millionen Zentner Getreide und Futtermittel zur Verfügung

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF